



Eingereichte Stellungnahmen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur 19.429 Parlamentarischen Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe

1. Kantone (25)

- Zürich
- Bern
- Luzern
- Uri
- Schwyz
- Obwalden
- Nidwalden
- Glarus
- Zug
- Freiburg
- Solothurn
- Basel-Stadt
- Basel-Landschaft
- Schaffhausen
- Appenzell Ausserrhoden
- Appenzell Innerrhoden
- St. Gallen
- Graubünden
- Aargau
- Thurgau
- Tessin
- Waadt
- Wallis
- Neuenburg
- Genf

2. Politische Parteien (3)

- FDP.Die Liberalen (FDP)
- Schweizerische Volkspartei (SVP)
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)

3. Übrige Organisationen und Interessenten (2)

- Vereinigung Schweizerischer Kreiskommandanten
- Vereinigung ehemaliger päpstlicher Schweizergardisten



Sicherheitspolitische Kommission
des Nationalrates
3003 Bern

4. November 2020 (RRB Nr. 1054/2020)

**Parlamentarische Initiative 19.429
betreffend Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte

Mit Schreiben vom 17. September 2020 unterbreiteten Sie uns einen Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes vom 12. Juni 1959 über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG; SR 661) zur Vernehmlassung, wofür wir uns bedanken. In Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.429 «Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe» soll das WPEG um eine Ausnahmestimmung für Angehörige der Päpstlichen Schweizergarde ergänzt werden: Von der Ersatzpflicht soll neu befreit werden, wer im Ersatzjahr Dienst in der Päpstlichen Schweizergarde leistet. Mit dieser Änderung des WPEG sind wir einverstanden.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte,
den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Silvia Steiner

Dr. Kathrin Arioli





Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Nationalrat
Sicherheitspolitische Kommission
3003 Bern

Ihr Zeichen:

4. November 2020

Unser Zeichen: 2020.SIDGS.736

RRB Nr.: 1228/2020

Direktion: Sicherheitsdirektion

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: 19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum titelerwähnten Geschäft.

Die Schweizergardisten leisten im Staat Vatikanstadt einen Polizeidienst zugunsten eines fremden und souveränen Staates. Wie auch im Erläuternden Bericht ausgeführt wird, können gemäss Artikel 18 Militärgesetz (MG) vom Militärdienst und somit von der Ersatzpflicht nur Personen befreit werden, welche unentbehrliche Tätigkeiten auf Schweizer Hoheitsgebiet und zugunsten der Schweizer Bevölkerung erbringen. Die Einführung einer Bestimmung, welche die Schweizergardisten von der Wehrpflichtersatzabgabe befreien würde, würde unseres Erachtens im Widerspruch zu dieser Bestimmung des MG stehen.

Im Sinne der Gleichberechtigung mit Angehörigen von Sicherheitsdiensten wie Polizei, Securitas etc., die eine ähnliche Aufgabe wie die Schweizergarde, jedoch auf Schweizer Hoheitsgebiet, erfüllen und ebenfalls dienstpflichtig und somit gegebenenfalls auch ersatzpflichtig sind, spricht sich der Regierungsrat klar gegen die vorgesehene Befreiung der Schweizergardisten von der Wehrpflichtersatzabgabe aus.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Pierre Alain Schnegg
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler
– Sicherheitsdirektion



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Zustellung per Mail
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung

Luzern, 24. November 2020

Protokoll-Nr.: 1315

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir begrüßen die Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe. Auch wir sind der Meinung, dass die Schweizergardisten einen sehr wertvollen Dienst für die Schweiz erbringen. Dieser wird mit der Befreiung von der Wehrpflichtersatzabgabe auf eine sinnvolle Art und Weise gewürdigt.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Nationalrat
Sicherheitspolitische Kommission
3003 Bern

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat stimmt der Parlamentarische Initiative, Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe zu und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 10. November 2020



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor


Urban Camenzind


Roman Balli

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Sicherheitspolitische Kommission
3003 Bern
elektronisch an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Schwyz, 15. Dezember 2020

Pa.Iv. SiK-N: Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 17. Dezember 2020 Stellung zu nehmen. Für diese Einladung danken wir Ihnen bestens.

Der Kanton Schwyz unterstützt die Vorlage und hat keine weiteren Anmerkungen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Kommissionspräsidentin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie z.K. an:
– Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Nationalrat
Sicherheitspolitische Kommission
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: 2020-0506
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 15. Dezember 2020

**Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe;
Stellungnahme.**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung der Änderung des Wehrpflichtersatzabgabengesetzes (WPEG). Die vorgeschlagene Änderung und die damit verbundene Wertschätzung gegenüber den Schweizergardisten ist zu begrüßen.

Aufgrund der hohen Anzahl der Vernehmlassungen möchten wir anregen, marginale Anpassungen von Gesetzen aufzuschieben und im Rahmen von späteren Revisionen zu behandeln.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Staatskanzlei



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Sicherheitspolitische Kommission
Ida Glanzmann-Hunkeler
Kommissionspräsidentin
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 15. Dezember 2020

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 eröffnete die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Wehrpflichtersatzabgabegesetzes (WPEG; SR 661).

Mit der vorliegenden Teilrevision des WPEG sollen Personen, welche im Ersatzjahr Dienst in der Päpstlichen Schweizergarde leisten, von der Ersatzabgabepflicht befreit werden.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er unterstützt die vorgesehenen Änderungen im WPEG und teilt die Meinung der SiK-N, dass die Schweizergardisten einen grossen und wertvollen Einsatz für das Ansehen der Schweiz im Ausland leisten, welcher mit einer Ausnahmeregelung gewürdigt werden soll.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Dr. Othmar Filliger
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- vernehmlassungen@estv.admin.ch

Sicherheit und Justiz
Postgasse 29
8750 Glarus

Sicherheitspolitische Kommission
3003 Bern

Glarus, 17. Dezember 2020
Unsere Ref: 2020-172

**Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative (19.429)
betreffend die Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind. Bemerkungen bzw. Ergänzungen haben wir keine anzubringen.

Genehmigen Sie den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



Dr. Andrea Bettiga
Regierungsrat

Kontaktstelle für Fragen:
Departement Sicherheit und Justiz
Departementssekretariat
Postgasse 29
8750 Glarus
Tel. 055 646 68 00
E-Mail: sicherheitjustiz@gl.ch

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- vernehmlassungen@estv.admin.ch

Kopie an:
- Hauptabteilung Militär und Zivilschutz, Landstrasse 38, 8750 Glarus

versandt am: **17. DEZ. 2020**



Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Sicherheitspolitische
Kommission des Nationalrats
3003 Bern

T direkt +41 41 728 50 28
christine.gander@zg.ch
Zug, 20. Oktober 2020 GANE
SD SDS 7.11 / 272

**19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe
Vernehmlassung des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur Vorlage zur Änderung des Wehrpflichtersatzabgabegesetzes (WPEG) Stellung zu nehmen. Die Staatskanzlei hat die Sicherheitsdirektion mit der direkten Beantwortung beauftragt. Gerne komme ich Ihrer Einladung im Namen des Regierungsrats des Kantons Zug nach.

1. Antrag

Es sei auf die Anpassung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe betreffend die Befreiung der Päpstlichen Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe zu verzichten.

2. Begründung

Der Einsatz in der Päpstlichen Schweizergarde stellt keine Wehrpflicht im Sinne der Bundesverfassung, des Militärgesetzes und des Wehrpflichtersatzabgabegesetzes dar, sondern einen privatrechtlich vereinbarten Polizeidienst zugunsten eines fremden Staates. Es handelt sich um eine freiwillige Dienstleistung von wenigen Schweizer Staatsbürgern, welche diese aufgrund ihres eigenen Entschlusses erbringen. Es wäre daher systemwidrig, für den Fall einer freiwilligen Dienstleistung in der Päpstlichen Schweizergarde eine Ausnahme von der Wehrpflichtersatzabgabe vorzusehen. Auf die vorgeschlagene Anpassung ist auch deshalb zu verzichten, weil dadurch Begehlichkeiten von weiteren Personengruppen (z.B. Freiwillige in Einsätzen der Vereinten Nationen, der Ärzte ohne Grenzen oder des IKRK) zur Befreiung von der Wehrpflichtersatzabgabe geweckt werden könnten. Ferner überzeugt die Begründung nicht, dass die Schweizergardisten für ihren Beitrag für das Ansehen der Schweiz im Ausland mit der

Seite 2/2

Befreiung von der Wehrpflichtersatzabgabe honoriert werden sollten. Es besteht kein Zusammenhang zwischen dem Ansehen der Schweiz im Ausland und der Wehrpflicht. Falls der Einsatz der Schweizergardisten finanziell belohnt werden soll, wäre der richtige Weg, dafür direkt einen Beitrag aus Steuergeldern zu sprechen.

Bei allfälligen Rückfragen steht Ihnen Frau Christine Gander Henz (christine.gander@zg.ch; Tel. 041 728 50 28) gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion



Beat Villiger
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- vernehmlassungen@estv.admin.ch
- Finanzdirektion; info.fd@zg.ch
- Amt für Zivilschutz und Militär; Info.AZM@zg.ch
- Zuger Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Commission de la politique de sécurité
du Conseil national
3003 Berne

Courriel : vernehmlassungen@estv.admin.ch

Fribourg, le 9 décembre 2020

Initiative parlementaire 19.429. Exonération de la taxe militaire pour les gardes suisses – réponse à la consultation

Madame, Monsieur,

Par courrier du 17 septembre dernier, vous nous avez consultés sur le projet cité en titre, et nous vous en remercions.

Nous vous faisons part de notre opposition à ce projet, pour les arguments suivants.

- > **Le service auprès de la garde pontificale n'est pas un service militaire**
Comme mentionné justement par la commission de politique de sécurité dans son rapport explicatif, la garde pontificale assure un service de police au profit d'un état étranger et souverain, régi par le droit privé. Cet état de fait ne constitue ni un service militaire, ni un service civil. En conséquence la garde pontificale n'est pas un service de remplacement qui justifie l'exonération d'office de la taxe d'exemption.
- > **Complexification des tâches pour l'administration militaire cantonale**
Le garde pontificale, avec ou sans le changement législatif proposé, devra continuer à demander un congé pour l'étranger, conformément à l'art 43 de l'ordonnance sur les obligations militaires (OMi, RS 512.21) afin de suspendre ses obligations militaires durant son séjour au Vatican. Or, en cas d'acceptation de la réforme législative, il faudra introduire une procédure différente pour les gardes pontificaux afin qu'une autorité (p. ex. la garde pontificale elle-même) atteste de la validité de la demande. A l'heure actuelle le lieu de séjour à l'étranger n'est pas contrôlé et est mentionné à titre indicatif. Nous devons être sûr que le requérant soit effectivement membre de la garde pontificale. Cette double procédure complexifie le travail administratif des cantons et n'est pas opportune.
- > **Précédent dans les justifications de motif d'exonération de la taxe d'exemption**
La commission de politique de sécurité mentionne que « la garde pontificale apporte une contribution unique à la réputation de la Suisse à l'étranger ». Cet argument est sujet à discussion. Mais qu'en est-il par exemple d'un jeune Suisse s'engageant plus d'une année en qualité de délégué du CICR pour venir en aide dans un pays étranger? Est-ce que cet engagement est moins digne d'intérêt et le travail du CICR ne contribue-t-il pas également au rayonnement de la Suisse ? Dès lors, il faudrait aussi dans ce cas de figure une exonération de la taxe d'exemption. Il en va de même pour une ONG suisse œuvrant à l'étranger.

A multiplier les cas d'exonération, le risque est de vider la LTEO de tout sens et ainsi de créer un déséquilibre avec les citoyens accomplissant leur service militaire ou civil.

> **Discrimination entre les assujettis en cas d'acceptation de la modification légale**

A l'heure actuelle, tous les assujettis qui demandent un congé pour l'étranger s'acquittent de manière anticipée de la taxe d'exemption. Celle-ci est remboursée une fois la totalité des jours de service accomplie. Tous les citoyens sont de ce fait traités de manière équitable. La modification législative proposée créerait une inégalité de traitement, car seuls les catholiques peuvent intégrer la garde pontificale. Les membres d'autres communautés religieuses, etc, ne peuvent prétendre à un traitement identique.

> **Montants de faible importance pour les assujettis**

La taxe minimale par année est de 400 francs, à laquelle s'applique une réduction d'un dixième pour 50 à 99 jours de service militaire (75 à 149 jours de service civil) et d'un dixième par tranche de 50 jours de service militaire (75 jours de service civil) en plus ou par fraction de celle-ci. La réduction moyenne des membres de la garde pontificale assermentés en 2020 s'élève à 57%. Dès lors la taxe due ne constitue pas une charge insupportable pour l'assujetti.

En vous remerciant de prendre en compte cette position, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Anne-Claude Demierre, Présidente



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Sicherheitspolitische Kommission
des Nationalrats
Frau Ida Glanzmann-Hunkeler
Kommissionspräsidentin
3003 Bern

15. Dezember 2020

Vernehmlassung zu "19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe"

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 haben Sie uns zur Stellungnahme zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht der parlamentarischen Initiative zur Änderung des Wehrpflichtersatzabgabegesetzes (WPEG) gebeten.

Wir nutzen gerne diese Möglichkeit, indem wir uns dazu wie folgt äussern:

Die vorliegende Parlamentarische Initiative verlangt, dass für angehende Schweizer Gardisten eine "Ausnahme" ins Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG) aufgenommen wird. Hierbei handelt es sich um eine geringe Anzahl Personen (ca. 30 Personen jährlich). Wenn Gardisten mittels Gesetzesänderung von der Ersatzpflicht befreit werden sollen, müssten aus Überlegung der Gleichbehandlung zum Beispiel auch "humanitäre Einsätze" befreit werden.

Sodann kann festgehalten werden, dass angehende Schweizer Gardisten gleich behandelt werden wie alle anderen dienstpflchtigen Männer, die einen längeren Auslandsaufenthalt (> 12 Monate) antreten wollen. Sie bezahlen die Wehrpflichtersatzabgabe in Form eines Auslandvorbezuges für maximal drei Jahre. Wird später die Gesamtdienstleistungspflicht erfüllt, werden ihnen sämtliche bezahlten Ersatzabgaben zurückerstattet.

Aus dargelegten Gründen soll auf die Einführung eines Artikels 4b im Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe verzichtet werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'B. Wyss', with a long vertical stroke extending downwards from the end of the signature.

Brigit Wyss
Frau Landammann

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Eng', with a long vertical stroke extending downwards from the end of the signature.

Andreas Eng
Staatsschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Sicherheitspolitische Kommission (SiK-N)

per E-Mail an:
sik.cps@parl.admin.ch

Basel, 2. Dezember 2020

**Regierungsratsbeschluss vom 1. Dezember 2020
Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative «Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 der Sicherheitspolitischen Kommission wurde dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt Gelegenheit geboten, zur Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür und teilen Ihnen gerne mit, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die vorgeschlagene Ausnahmeregelung begrüsst. Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Kommission, dass die Schweizergardisten einen wichtigen Einsatz leisten, der das Ansehen der Schweiz im Ausland stärkt. Zudem erscheint die Ausnahmeregelung gerade auch vor dem Hintergrund sinnvoll, dass viele Schweizergardisten nach ihrer Rückkehr in die Schweiz weiterhin Militärdienst leisten und nach der Erfüllung der gesamten Ausbildungsdienstpflicht bisher oftmals alle bezahlten Ersatzabgaben zurückerstattet bekommen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Sicherheitspolitische Kommission
des Nationalrats SiK-NR

Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Liestal, 1. Dezember 2020

Vernehmlassung

zur Parlamentarischen Initiative 19.429 «Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe»

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Besten Dank für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. In unserem Kanton beabsichtigen durchschnittlich nur gerade ein bis zwei Ersatzpflichtige pro Jahr, Dienst in der Schweizergarde zu leisten. Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen, die Angehörigen der Schweizergarde für die Dauer ihres Polizeidienstes im Vatikan von der Wehrpflichtersatzabgabe zu befreien, auch wenn sie diese Dienstleistung nicht direkt zu Gunsten der Schweizer Bevölkerung erbringen. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung wird der besondere Einsatz der Schweizergardisten für das Ansehen der Schweiz im Ausland gewürdigt. Wie im erläuternden Bericht erwähnt, wird üblicherweise die Mindestabgabe von brutto 400 Franken pro Ersatzjahr im Voraus bezogen. Die Rückerstattung erfolgt – wenn die Gesamtdienstleistungspflicht erfüllt wird – einige Jahre später.

Freundliche Grüsse



Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch



Regierungsrat

Damen und Herren Mitglieder der
SIK-N

per E-Mail an:
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Schaffhausen, 10. November 2020

**Vernehmlassung Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SIK-N) betreffend
Parlamentarische Initiative «Befreiung der Schweizergarde von der
Wehrpflichtersatzabgabe»**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder der SIK-N

Mit Schreiben vom 17. September 2020 haben Sie die Kantone eingeladen, zum Vorentwurf betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und können Ihnen mitteilen, dass wir die vorgesehene Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe für sinnvoll erachten und diesen befürworten.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Martin Kessler

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger



Departement Inneres und Sicherheit, 9102 Herisau

Sicherheitspolitische Kommission
des Nationalrates
3003 Bern
Per Mail: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Hansueli Reutegger
Regierungsrat
+41 71 353 68 40
hansueli.reutegger@ar.ch

Herisau, 1. Dezember 2020

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe; Vernehmlassungsantwort

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 haben Sie uns in Umsetzung der erwähnten parlamentarischen Initiative die Änderung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (SR 661) zur Vernehmlassung unterbreitet. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir mit der Änderung nicht einverstanden sind und die bisherige Regelung aus den folgenden Gründen beibehalten werden soll:

Die Anzahl betroffener Schweizergardisten steht in keinem Verhältnis zum Aufwand und Gewicht der beabsichtigten Sonderregelung. Eine Sonderregelung für Schweizergardisten führt vor dem Hintergrund des verfassungsmässigen Grundprinzips der Rechtsgleichheit zu unnötigen Problemen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die beabsichtigte Regelung bei den Angehörigen der Armee, die z.B. in der Swisscoy, als UN-Beobachter oder für die OSZE im Auslandseinsatz stehen, zu Rechtsungleichheiten führt, weil auch diese Personengruppen einen massgeblichen Einsatz für das Ansehen der Schweiz im Ausland leisten. Die Regelung würde auch den Prozess bei der Beurteilung und Abwicklung von Auslandsurlauben unverhältnismässig verkomplizieren.

Die Praxis im Kanton Appenzel Ausserrhoden zeigt zudem, dass das Gros der Schweizergardisten seine Dienstpflicht erfüllt und – wie andere „Dienstverschieber“ – entsprechend Anspruch auf die Rückerstattung der Ersatzabgabe hat.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Freundliche Grüsse

Hansueli Reutegger, Regierungsrat

Kopie an:

- M. Rüdin, Leiter MBS



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Appenzell, 17. Dezember 2020

19.429 Parlamentarische Initiative «Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe» Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur parlamentarischen Initiative «Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe» zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Sicherheitspolitische Kommission
des Nationalrates
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 13. November 2020

Pa.Iv. 19.429. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe; Vernehmlassungsantwort

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 haben Sie uns in Umsetzung der erwähnten parlamentarischen Initiative die Änderung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (SR 661) zur Vernehmlassung unterbreitet. Dafür danken wir Ihnen bestens.


Wir teilen Ihnen mit, dass wir mit der Änderung nicht einverstanden sind und die bisherige Regelung aus den folgenden Gründen beibehalten werden soll:

Die Anzahl betroffener Schweizergardisten steht in keinem Verhältnis zum Aufwand und Gewicht der beabsichtigten Sonderregelung. Eine Sonderregelung für Schweizergardisten führt vor dem Hintergrund des verfassungsmässigen Grundprinzips der Rechtsgleichheit zu unnötigen Problemen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die beabsichtigte Regelung bei den Angehörigen der Armee, die z.B. in der Swisscoy oder als UN-Beobachter im Auslandseinsatz stehen, zu Rechtsungleichheiten führt, weil auch diese Personengruppen einen massgeblichen Einsatz für das Ansehen der Schweiz im Ausland leisten. Die Regelung würde auch den Prozess bei der Beurteilung und Abwicklung von Auslandsurlauben unverhältnismässig verkomplizieren. Die Praxis im Kanton St.Gallen zeigt zudem, dass das Gros der Schweizergardisten seine Dienstpflicht regelmässig erfüllt und entsprechend Anspruch auf die Rückerstattung der Ersatzabgabe hat.



Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

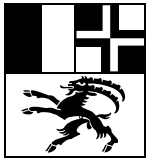
Im Namen der Regierung


Bruno Damann
Präsident




Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@estv.admin.ch



Sitzung vom

1. Dezember 2020

Mitgeteilt den

2. Dezember 2020

Protokoll Nr.

1003/2020

Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version): vernehmlassungen@estv.admin.ch

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die Regierung begrüsst die Vorlage, mit der die Schweizer Gardisten während ihres Dienstes in der Päpstlichen Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe befreit werden. Die Gardisten erzielen während ihrer dreijährigen Dienstzeit ein geringes Einkommen. Der Vorbezug für die gesamte Zeit stellt für sie eine finanzielle Belastung dar, auch wenn die Abgabe bei nachträglicher Absolvierung der notwendigen Wiederholungskurse zurückerstattet wird. Bei rund 30 neuen Gardisten pro Jahr und

einer Dienstzeit von drei Jahren sind die finanziellen Auswirkungen auf Bund und Kantone gering; demgegenüber kann mit der Befreiung eine positive Auswirkung auf die Rekrutierung von Schweizergardisten erzielt werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Chr. Rathgeb".

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Daniel Spadin".

Daniel Spadin



KANTON AARGAU

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössische Steuerverwaltung
Eigerstrasse 65
3003 Bern

18. November 2020

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2020 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG) vom 12. Juni 1959 (SR 661) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Gelegenheit, die er gerne wahrnimmt.

Mit den vorliegenden Änderungen werden die rechtlichen Grundlagen angepasst, um die Angehörigen der Schweizergarde des Staats Vatikanstadt während ihrer dortigen Dienstzeit von der Wehrpflichtersatzgabe zu befreien. Die Auswirkungen dieser Ausnahmeregelung auf die Einnahmen aus der Wehrpflichtersatzgabe für den Bund sind gering; gleiches gilt für die Einnahmen aus der Wehrpflichtersatzgabe für den Kanton Aargau. Die Schweizergarde steht in einer langen Tradition und ist das Symbol einer wehrhaften und zuverlässigen Schweiz im Ausland. Die Änderung des WPEG wird deshalb unterstützt.

Mit Art. 4b WPEG wird eine Einzelfallregelung für Angehörige der Schweizergarde getroffen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau weist daher auch auf den Grundsatz der Rechtsgleichheit (Art. 8 Abs. 1 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 [SR 101]) sowie auf den Grundsatz der konfessionellen Neutralität des Staates hin.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landstatthalter

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- vernehmlassungen@estv.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Sicherheitspolitische Kommission
des Nationalrates
Frau Ida Glanzmann-Hunkeler
Kommissionspräsidentin
3003 Bern

Frauenfeld, 17. November 2020

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Ergänzung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG; SR 661) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der vorgeschlagenen Befreiung der Angehörigen der Päpstlichen Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber



5097

fr

0

7 ottobre 2020

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Consiglio nazionale
Commissione della politica
di sicurezza
3003 Berna

trasmessa per email:
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Procedura di consultazione concernente l'esenzione dalla tassa militare per le guardie svizzere pontificie

Gentili signore,
Egregi signori,

vi ringraziamo per averci dato l'opportunità di esprimere la nostra opinione in merito alla summenzionata procedura di consultazione.

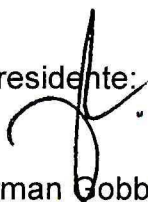
Con la presente vi informiamo che riteniamo giustificata l'introduzione, nella legge federale sulla tassa d'esenzione dall'obbligo militare, della disposizione derogatoria che esenta dal pagamento della tassa i militi che durante l'anno prestano servizio come guardia svizzera pontificia.

Formuliamo pertanto il nostro preavviso positivo all'introduzione dell'art. 4b nella LTEO.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

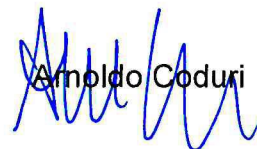
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Norman Gobbi

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch);
- Sezione del militare e della protezione della popolazione (di-smpp@ti.ch);
- Servizio della tassa militare (dfc-utm@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Commission de la politique de sécurité
Madame la Présidente
Ida Glanzmann-Hunkeler
CH-3003 Berne

Par courriel (en Word et PDF):
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Réf. :

Lausanne, le 9 décembre 2020

Consultation - 19.429 Initiative parlementaire. Exonération de la taxe militaire pour les gardes suisses

Madame la Présidente,

Le Conseil d'Etat vaudois remercie la Commission de la politique de sécurité de l'associer à cette consultation et de lui permettre de formuler ses observations dans le cadre de l'objet mentionné en titre.

Le Conseil d'Etat souhaite simplement relever la question de l'égalité de traitement de l'obligation de servir pour les gardes suisses puisque ces derniers ne peuvent qu'être de confession catholique. Les exonérer reviendra à les favoriser par rapport aux suisses d'autres religions pour qui l'accès à cette forme de service n'est pas possible.

Pour le reste, le Conseil d'Etat n'a pas de remarque à formuler.

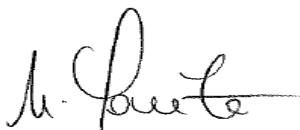
Les coordonnées de la personne chargée du dossier sont Monsieur Denis Froidevaux, Chef du Service de la sécurité civile et militaire et Chef de l'Etat-major cantonal de conduite, denis.froidevaux@vd.ch.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER



Nuria Gorrite



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- SSCM



2020.04559

P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Commission de la politique de sécurité
du Conseil national
Madame Ida Glanzmann-Hunkeler
Présidente
3003 Berne



Notre réf. NM
Votre réf. CPS-N

Date - 4 NOV. 2020

19.429 Initiative parlementaire. Exonération de la taxe militaire pour les gardes suisses. Procédure de consultation.

Madame la Présidente,

Le Conseil d'Etat vous remercie de lui permettre de se déterminer sur l'avant-projet de modification de la Loi fédérale sur la taxe d'exemption de l'obligation de servir du 12 juin 1959 (Etat le 1er janvier 2019) (LTEO, RS 661), et a l'honneur de vous communiquer, ci-après, sa prise de position.

L'Etat du Valais et sa population entretiennent une tradition particulièrement longue et forte avec la Garde suisse pontificale. Ils ont toujours soutenu les initiatives touchant de près ou de loin à cette dernière. Le canton a par ailleurs été parmi ceux les mieux représentés dans les effectifs de la Garde.

La modification de la LTEO envisagée vise à introduire une disposition qui exonère les membres de la Garde suisse pontificale de l'obligation de payer la taxe d'exemption de l'obligation de servir pour la durée de leur service en tant que gardes suisses. La solution légale envisagée, l'introduction d'un *art. 4b*, répond à ce besoin. Par conséquent, l'Etat du Valais soutient pleinement la démarche initiée par la CPS-N.

En vous remerciant de nous avoir consultés sur cet objet, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, à l'assurance de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Christophe Darbellay



Le chancelier

Philipp Spörri

DÉPARTEMENT DE LA JUSTICE,
DE LA SÉCURITÉ ET DE LA CULTURE
LE CONSEILLER D'ÉTAT
CHEF DE DÉPARTEMENT

Envoi par courrier électronique
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Conseil national
Commission de la politique de
sécurité
3003 Berne

Neuchâtel, le 11 décembre 2020

Exonération de la taxe militaire pour les gardes suisses

Madame, Monsieur,

Par courrier du 9 juillet 2020, vous nous avez priés de prendre position sur les projets de modification sous rubrique et nous vous remercions de la possibilité ainsi offerte.

Le Canton de Neuchâtel soutient le projet d'exonération de la taxe militaire pour les astreints au service qui rejoignent la Garde suisse pontificale. Tradition pluri-centenaire, elle est source d'admiration et de respect pour la population suisse, mais également à l'étranger, participant de ce fait au rayonnement de notre pays.

En outre, il faut préciser que les missions remplies par les gardes suisses dépassent le simple cadre folklorique, et répondent à des réels besoins sécuritaires du Vatican.

Enfin, il est à noter que la taxe d'exemption est de toute manière remboursée au garde suisse lorsque ce dernier a accompli l'ensemble de ses jours de service. Dès lors, la suppression de la taxe militaire pour les volontaires à cette fonction simplifiera quelque peu les démarches, encourageant ainsi la poursuite de cette noble tradition.

Tout en vous réitérant nos remerciements, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre considération distinguée.

Alain Ribaux


Conseiller d'État



Genève, le 16 décembre 2020

Le Conseil d'Etat

6393-2020

Conseil national
Commission de la politique de sécurité
Madame Ida Glanzmann-Hunkeler
Présidente
Palais fédéral
3003 Berne

Concerne : consultation sur la modification de la loi fédérale sur la taxe d'exemption de l'obligation de servir (LTEO) – exonération de la taxe militaire pour les gardes suisses

Madame la Présidente,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur la taxe d'exemption de l'obligation de servir (LTEO) et apprécions l'opportunité qui nous est donnée de nous prononcer à ce propos.

Après examen des documents, nous vous informons que notre Conseil approuve sans réserve l'intégration d'une disposition dérogatoire selon laquelle les citoyens suisses qui servent dans les rangs de la Garde suisse pontificale seront désormais exonérés de la taxe d'exemption de l'obligation de servir pour chaque année d'assujettissement concernée. Cette dérogation fournira une motivation supplémentaire au recrutement de gardes suisses qui apportent une image positive indéniable de la Suisse à l'étranger.

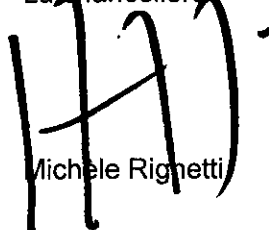
Notre Conseil estime toutefois que l'obligation de déposer une demande de congé pour l'étranger mériterait d'être rappelée, au sens de l'art. 27, al. 2 de la loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire (Loi sur l'armée, LAAM - RS 510.10) de même que celle de présenter un contrat de travail liant la personne astreinte à la Garde suisse pontificale. La cohérence avec l'art. 43 de l'ordonnance sur les obligations militaires (OMi - RS 512.21) serait ainsi assurée.

Enfin et selon votre demande, nous vous communiquons ci-après les coordonnées de la personne en charge du suivi de ce dossier, à savoir M. Nicola Squillaci, chef du service de la protection civile et des affaires militaires (✉ : nicola.squillaci@etat.ge.ch / ☎ 022/546.58.50).

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à cette prise de position, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, à l'assurance de notre parfaite considération.

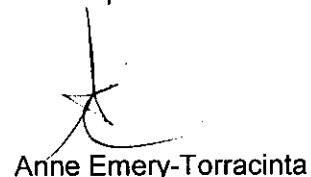
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michele Rignetti

La présidente :



Anne Emery-Torracinta

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Sicherheitspolitische Kommission
3003 Bern

Bern, 30. November 2020
Wehrpflichtersatz/YB/AB

Elektronischer Versand: sik.cps@parl.admin.ch

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP stimmt der vorgeschlagenen Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 19.429 zu. Die Schweizergarde mit ihrer 500-jährigen Geschichte ist ein Imagegewinn für die Schweiz. Kommt hinzu, dass die finanzielle Mehrbelastung dieser Vorlage für die Bundeskasse unbedeutend ist (ca. 12'000 - 15'000 Franken pro Jahr). Für die Gardisten hingegen ist der Erlass substanziell – was den Anreiz zu einem Einsatz in der Schweizergarde erhöht. Streng systematisch betrachtet, ist die Vorlage zwar nicht korrekt, denn der Gardedienst ist kein Schweizer Militärdienst – es besteht daher kein Zusammenhang zwischen der Wehrpflichtersatzabgabe und dem Dienst in der Schweizergarde. Aber summa summarum ist die Befreiung der Angehörigen der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzgabe eine kostengünstige Imagekampagne für die Schweiz.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Die Generalsekretärin

Petra Gössi
Nationalrätin

Fanny Noghero

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 15. Dezember 2020

19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe: Vernehmlassungsantwort der SVP Schweiz

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin,

Die SVP Schweiz ist erfreut, dass endlich eine gesetzliche Ausnahmeregelung geschaffen wird, damit Schweizer Gardisten während ihres traditionsreichen Einsatzes nicht mehr Wehrpflichtersatzabgaben entrichten müssen.

Die Schweizer Garde bewacht seit 1506 den Heiligen Stuhl. Sie verkörpert somit die unparteiische Verlässlichkeit unseres Landes und unserer Milizsoldaten. Dass die Schweizer während ihres ehrbaren Gardeinsatzes eine Wehrpflichtersatzabgabe entrichten müssen ist ein rein juristisch bedingter Missstand, dessen Beseitigung seit Jahrzehnten gefordert wird. Auch wenn die Gardisten nach ihrer Rückkehr ihren Militärdienst nachholen und ihre Ersatzabgabe zurückerstattet erhalten, stellt diese für sie in ihren jungen Jahren eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Umso mehr begrüsst es die SVP Schweiz, dass die Parlamentarische Initiative ihres Fraktionsmitglieds Jean-Luc Addor, die unsere Gardisten vom Wehrpflichtersatz ausnehmen möchte, in beiden Räten eine Mehrheit gefunden hat. Im Einklang mit der Begründung der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats hält die SVP es für gerechtfertigt, hierfür eine rechtliche Ausnahme zu schaffen. Die Befreiung der Gardisten vom Wehrersatz wird hoffentlich dazu beitragen, künftigen Generationen junger Schweizer Katholiken zum Eintritt in die Garde zu bewegen und so diese stolze Tradition fortzusetzen.

Kontaktperson: Nationalrat Jean-Luc Addor

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Präsident



Marco Chiesa, Ständerat

Der Generalsekretär



Emanuel Waeber



Per Email an :
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Sicherheitspolitische Kommission
Kommissionspräsidentin
Frau Ida Glanzmann-Hunkeler

Bern, 20. November 2020

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Stellungnahme zur Umsetzung der Parlamentarische Initiative 19.429. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe

Sehr geehrte Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Die SP spricht sich gegen die Befreiung der Schweizergardisten von der Wehrpflichtersatzabgabe aus und lehnt dementsprechend den von der SiK-N am 1. September 2020 verabschiedeten Vorentwurf zur Änderung des Wehrpflichtersatzabgabegesetzes (WPEG) ab. Dies aus den folgenden Gründen:

Erstens wird eine Ausnahmeregelung vorgeschlagen, welche – wenn schon – viel weiter ausgelegt werden müsste. Auf Seite 2 des erläuternden Berichts ist zu lesen: «Aus Sicht der Kommission leisten die Schweizergardisten einen einmaligen Einsatz für das Ansehen der Schweiz im Ausland, den es mit dieser Ausnahmeregelung zu würdigen gilt.» Die Schweizergardisten sind jedoch nicht die Einzigen, welche einen Einsatz für das Ansehen der Schweiz im Ausland leisten: So leisten z.B. auch Angehörige des IKRK einen solchen Einsatz, indem sie durch humanitäre Hilfe Leben retten. Würde eine Ausnahme gewährt, so müsste diese sich konsequent auf alle dienstpflichtigen Personen anwenden, welche einen Einsatz für das Ansehen der Schweiz im Ausland leisten. Es ist nicht ersichtlich, weshalb der Schutz des Vatikans beispielsweise einem humanitären Einsatz in einem Krisengebiet vorgezogen werden soll. Man könnte sogar argumentieren, dass die humanitären Einsätze von Schweizerinnen und Schweizern im Ausland einen viel grösseren Beitrag zum Ansehen der Schweiz leisten, als dies die Schweizergarde tut. In diesem Sinne erscheint die Ausnahmeregelung willkürlich. Die SP könnte der vorgeschlagenen Gesetzesänderung nur im Rahmen einer bedeutend weiter ausgelegten Ausnahmeregelung zustimmen.

Zweitens steht der Dienst in der Schweizergarde nicht allen Dienstpflichtigen offen: Nur katholische Männer, welche mindestens 174 cm gross gewachsen sind, kommen für die Schweizergarde in Frage. Frauen, nicht-katholische Dienstpflichtige sowie katholische Männer mit einer geringeren Körpergrösse als 174 cm könnten von dieser Ausnahmeregelung nicht profitieren. Ausnahmeregelungen dürfen jedoch nicht auf



solch arbiträren Kriterien beruhen. Auch basierend auf diesen Überlegungen sieht die SP die vorgeschlagene Ausnahme als viel zu eng definiert an.

Aus den genannten Gründen kann die SP den von der SiK-N am 1. September 2020 verabschiedeten Vorentwurf zur Änderung des WPEG nicht unterstützen.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Severin Meier
Politischer Fachsekretär

Von: daniel.bosshard@amz.zh.ch <daniel.bosshard@amz.zh.ch>

Gesendet: Mittwoch, 9. Dezember 2020 15:38

An: _ESTV-Vernehmlassungen <vernehmlassungen@estv.admin.ch>

Cc: VSK_Vorstand.ZHCH@notes.zh.ch

Betreff: Antwort: Vernehmlassung: 19.429 "Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe" / Consultation: 19.429 "Exonération de la taxe militaire pour les gardes suisses"

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit E-Mail vom 17. September 2020 haben Sie uns das im Betreff erwähnte Dokument zur Stellungnahme zukommen lassen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt: Aus Sicht der Vereinigung Schweizerischer Kreiskommandanten bestehen keine Gründe gegen eine Befreiung der Gardisten von der Wehrpflichtersatzabgabe.

Freundliche Grüsse

Vereinigung Schweizerischer Kreiskommandanten

Oberst Daniel Bosshard

Präsident

Uetlibergstrasse 113

8090 Zürich

Telefon +41 43 259 70 48

Telefax +41 43 259 71 96

Mobile +41 79 355 76 52

daniel.bosshard@amz.zh.ch



Zentralpräsident
Lukas Schmucki
Spinnereistrasse 42
8645 Jona
Schweiz

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Jona, 17. Dezember 2020

19.429 Parlamentarische Initiative «Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe» – Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Vorentwurf betreffend Änderung des Wehrpflichtersatzgesetzes Stellung zu nehmen. Aus den folgenden Gründen begrüßen wir die vorgesehene Gesetzesrevision ausdrücklich:

- 1.** Die „Vereinigung ehemaliger päpstlicher Schweizergardisten“ wurde 1921 gegründet. Ihr gehören rund 1'000 Mitglieder an, welche Dienst in der Päpstlichen Schweizergarde geleistet haben. Die Vereinigung vertritt damit eine grosse Zahl der noch lebenden ehemaligen Schweizergardisten.
- 2.** Die Mehrheit der Schweizergardisten verlässt das Korps am Ende der heute mindestens 26 Monate dauernden Dienstverpflichtung, um in den angestammten Beruf zurückzukehren, um ein Studium aufzunehmen oder nicht selten auch um eine neue Aufgabe im Sicherheitsbereich wahrzunehmen. In der Regel wird die während des Gardedienstes verpasste Dienstleistung in der Schweizer Armee nachgeholt, häufig mit freiwilligen Diensten in der Unteroffiziers- und Offiziersschule. In diesen Fällen führt die vorgesehene Gesetzesänderung nur (aber immerhin) zu einer administrativen Vereinfachung, indem die provisorische Festsetzung der Ersatzabgabe im Rahmen des Vorbezugs, die definitive Festsetzung nach der Rückkehr aus dem Gardedienst und die Rückerstattung bei nachgeholtem Armeedienst entfallen. Es reduzieren sich dadurch auch die administrativen Kosten durch den Wegfall von drei Verwaltungsakten und der 20-prozentigen Bezugsprovision der Kantone.
- 3.** Es verbleibt eine Minderheit von Fällen, in denen die Wehrpflicht in der Schweizer Armee aus besonderen Gründen nicht oder nicht mehr vollständig nachgeholt werden kann. Von den rund 2'000 Gardisten, die seit 1950 in die Schweizergarde eingetreten sind, leisteten rund 500 mehr als drei Jahre Dienst, wovon 200 mehr als fünf, 100 mehr als zehn und knapp 40 mehr als zwanzig Jahre. Nur in relativ wenigen Fällen führt der Gardedienst somit tatsächlich zu einer Befreiung von der Wehrpflichtersatzabgabe. Hinzu können insbesondere Fälle treten, in denen ehemalige Schweizergardisten den verpassten Militärdienst zumindest teilweise nicht nachholen müssen, weil sie gemäss Militärgesetz von der Wehrdienstpflicht befreit sind (Polizisten, Geistliche usw.).
- 4.** Mindestens ebenso zu würdigen wie die administrative Vereinfachung gemäss Ziff. 2 und die effektive Befreiung von der Ersatzpflicht gemäss Ziff. 3 ist das Zeichen der Wertschätzung, welches mit der Gesetzesrevision gegenüber der Schweizergarde und den ehemaligen Schweizergardisten gesetzt wird. Mit dieser Änderung würde die Päpstliche Schweizergarde in ihrem mittlerweile 514-jährigen Bestehen erstmals in einem Bundesgesetz ausdrücklich Erwähnung finden und somit in einem gewissen Sinn offizielle Anerken-

Vereinigung ehemaliger
päpstlicher Schweizergardisten

Association des anciens
Gardes suisses pontificaux

Associazione ex-guardie
svizzere pontificie

Associazion dals anteriurs
gardists svizzers pontificals



nung erhalten. Dieses Zeichen wäre auch ein Spiegel der ausgezeichneten Beziehungen zwischen der Schweiz und der Schweizergarde, wie sie sich etwa in regelmässigen Besuchen hoher Funktionsträgerinnen und Funktionsträger namentlich zur feierlichen Vereidigung der neuen Schweizergardisten jeweils am 6. Mai zeigen.

Wir danken Ihnen herzlich für diese Vorlage und die Möglichkeit der Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized letters that appear to be 'L S L L'.

Lukas Schmucki
Zentralpräsident